

Falsche Hoffnungen an das AMS Betreuungspersonal

Im AMSEL-Newsletter November wurde unter dem Titel „Stark gegen den AMS-Algorithmus“ dargelegt, dass AMS-KlientInnen (also zu vermittelnde Erwerbsarbeitslose) „enorm von persönlicher Beratung [profitieren würden]“. Der Artikel endete mit der Aufforderung eine Petition zu unterschreiben, welche den Erhalt der persönlichen AMS-Beratung zum Ziel hat. Diese Petition richtet sich vor allem gegen den, zur Zeit noch widerrechtlichen Einsatz des AMS-Algorithmus (PAMAS) zur Klassifizierung von Erwerbsarbeitslosen durch Algorithmen und ist so weit auch unterstützungswürdig (auch wenn der Einsatz von PAMAS generell abzulehnen ist und nicht, wie die Petition beinhaltet, wenn die Behandlung mit diesem Algorithmus auf Freiwilligkeit beruht).

Weit weniger unterstützungswürdig sind jedoch die Ziele des AMS die sich hinter der Aufstockung des AMS-Personals, wie sie derzeit diskutiert werden, verbergen. Wie die AMSEL in der Vergangenheit des öfters thematisiert hat, ist die sogenannte *Betreuung* der erwerbsarbeitlosen Menschen, so wie sie zur Zeit läuft, äußerst kritikwürdig. Die sogenannte *Betreuung* wird häufig weniger als chancenfördernd denn als Repression eingesetzt. Dies vor allem gegen sogenannte Langzeitarbeitslose.

Wie etwa die aktuell diskutierte Aufstockung dieser *Betreuung* gesehen werden kann und wird, ist zahlreichen Pressemeldungen zu entnehmen: nämlich als Maßnahme, die Kosten für die Arbeitslosenversicherung zu reduzieren und nicht, um den Menschen zu helfen. Hinter human klingenden Bezeichnungen wie „Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit“ verbirgt sich ein verschärftes Repressionssystem für die Erwerbsarbeitslosen.

Warum die angestrebten Aufstockung des Betreuungspersonals unter den aktuellen Zielen der Kostenreduktion für Staat und Arbeitslosenversicherung nicht im Sinne der Erwerbsarbeitslosen sein kann, soll hier am Beispiel einer Darstellung in der Wiener Zeitung vom 16.11.2022 mit dem Titel „Mehr AMS-Beratung vermindert Langzeitarbeitslosigkeit“

(<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2168101-Mehr-AMS-Beratung-vermindert-Langzeitarbeitslosigkeit.html>) dargelegt werden.

Was so gut klingt, erweist sich für die Betroffenen nicht als Chance auf ein lukratives Einkommen und selbstständige Lebensgestaltung – sondern eher als dessen Gegenteil. So lassen sich die erwartete Verminderung der Langzeitarbeitslosigkeit auf folgende Punkte zusammenfassen:

- Höherer Druck auf Langzeitarbeitslose dadurch erhöhtes Ausscheiden aus der AMS-Betreuung
- Erhöhte AMS-Geld-Sperren durch intensivere Überwachung der Erwerbsarbeitslosen
- Erhöhter "Anreiz" auch miese Jobs zu akzeptieren durch verstärkten Druck.

Durch diese Maßnahmen ist ein Rückgang bei der Langzeitarbeitslosigkeit und eine Kosteneinsparungen bei Staat und Arbeitslosenversicherung nachgewiesen.

Wie man sieht: Für die Erwerbsarbeitslosen ist in der Aufstockung der Betreuung nichts Positives zu erwarten. Solange sich die AMS-Betreuung nicht darauf besinnt, dass es bei ihren KlientInnen um Menschen handelt, die ein Recht auf menschliche Behandlung und auf ein gutes Leben haben, kann diese Art der *Betreuung* nur kritisiert werden – sogar umso mehr, je mehr BetreuerInnen das AMS anstellt.

Graz, 11.12.2022, W. Friedhuber